

# JAHRESBERICHTE 2005



**SP** **die Stadtpartei**  
sozialdemokratisch

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23

## **Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern Jahresberichte 2005**

Titelbild: EMCH + BERGER, Virtualisierung «Neuer Bahnhofplatz Bern» vom Loeb-Egge aus.  
Die SP der Stadt Bern engagierte sich im Jahr 2005 unter anderem in der Abstimmung um den Neuen Bahnhofplatz. Die Vorlage wurde am 5. Juni 2005 knapp – mit 51% der Stimmen – angenommen.

### **Impressum**

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern  
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23  
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81  
Email: [sekretariat@sp-bern.ch](mailto:sekretariat@sp-bern.ch)  
[www.sp-bern.ch](http://www.sp-bern.ch)  
Druck: Hagi Druck, Bern  
Auflage: 400  
Februar 2006

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Bericht des Präsidiums</b>	<b>S. 4</b>
<b>Bericht der SP/JUSO-Fraktion der Stadt Bern</b>	<b>S. 7</b>
<b>Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte</b>	<b>S. 10</b>
<b>Gemeindeabstimmungen</b>	<b>S. 13</b>
<b>Mitgliederentwicklung</b>	<b>S. 14</b>
<b>Jahresrechnung 2005</b>	<b>S. 15</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>S. 16</b>
<b>Berichte der Arbeitsgruppen</b>	<b>S. 17</b>
arbeit und bildung bern (abb)	S. 17
Schulfraktion	S. 18
AG Sozialpolitik	S. 19
AG Stadtentwicklung/Wohnen/Verkehr	S. 20
AG Kultur	S. 21
Ad hoc AG Mitgliederwerbung	S. 23
<b>JUSO Bern</b>	<b>S. 24</b>
<b>Anhang</b>	<b>S. 26</b>
Kontaktadressen	S. 26
Sektionen	S. 27

# BERICHT DES PRÄSIDIUMS

## Erfolgreicher Start in die neue Legislatur

Das Berichtsjahr begann hektisch mit den Wirren rund um die Anti-WEF-Demo vom 22. Januar. Bewilligung ja – nein; Route durch die Innenstadt oder nicht usw. Am Aktionstag standen dann nur rund 500 Personen einem massiv überdotierten Polizeiaufgebot von rund 1000 Polizistinnen und Polizisten gegenüber. Sowohl die Partei- und Fraktionsleitung wie auch einzelne Fraktionsmitglieder begleiteten die Demo als Beobachter/innen. Die SP distanzierte sich sowohl vom unverhältnismässigen Aufwand des Polizeikonkordates wie auch von der Aggression einzelner Demoteilnehmenden.

Gewichtige personelle Änderungen gab es in der Parteileitung. Margrith Beyeler ist nach fünf Jahren als Co-Präsidentin zurückgetreten. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön an Margrith für ihr grosses Engagement für die Stadtpartei. Als ihre Nachfolgerin wurde Béatrice Stucki gewählt. Neu in das Büro GL gewählt wurden Evi Allemann, Stefan Jordi und Walter Christen, Margrit Stucki als Vizepräsidentin.

Das Jahr ging spannend weiter: Im Juni stimmten die Bernerinnen und Berner einer Sanierung des Bahnhofplatzes mit neuer Verkehrsführung knapp zu und sagten klar Ja zu der von der SP favorisierten Variante mit Baldachin. Im September folgte die wichtige Abstimmung zum Abfallreglement, welches von den bürgerlichen Parteien wie schon der Bahnhofplatz massiv bekämpft wurde. Im November folgte die dritte für uns wichtige Abstimmung, welche die bürgerlichen Parteien gespalten hatte: Die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» wurde von den Stimmbürger/innen haushoch abgeschmettert. Die SP der Stadt Bern hat sich an vorderster Front für die drei Abstimmungen eingesetzt und ist damit massgeblich am Erfolg beteiligt.

Die SP der Stadt Bern hat aktiv im RGM-Forum mitgearbeitet und die zünftige Zusammenarbeit massgeblich mitformuliert. Wir haben auch die Leitung einer Arbeitsgruppe übernommen, welche Massnahmen ausarbeitet, um die Rot-Grün-Mitte-Parteien in Bümpliz/Bethlehem zu stärken.

Rückblickend kann gesagt werden, dass die SP der Stadt Bern gut ins erste Jahr der neuen Legislatur gestartet ist. Schwierigen Situationen wurde mit klaren Aussagen begegnet, die Interessen der Stadt in den Abstimmungsgeschäften im Sinne einer kulturell offenen und ökologischen Stadt verteidigt. Aufgegriffen wurde von der Stadt weiter ein Anliegen, welches die SP mit Vorstössen gefordert hatte: Die aktivere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit der Firma Job Start AG, welche im Herbst 2005 eingeweiht wurde, ist eine Forderung der SP umgesetzt worden. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit von jungen Menschen bleibt ein politischer Schwerpunkt der SP der Stadt Bern.

## Delegiertenversammlungen

Inhaltlich standen an 7 Delegiertenversammlungen (DVs) Abstimmungsparolen, Tagesgeschäfte und politische Schwerpunktsthemen auf der Traktandenliste.

An der ersten DV im Januar haben wir unseren langjährigen Parteisekretär Willi Zahnd verabschiedet und Leyla Gül als Nachfolgerin gewählt. An der Hauptversammlung im März gab es einen weiteren wichtigen personellen Wechsel. Margrith Beyeler wurde als scheidende Co-Präsidentin mit grossem Applaus verabschiedet und Béatrice Stucki ins Co-Präsidium gewählt.

Einen Schwerpunkt setzten wir im April mit einer DV mit dem Titel «Vorzeige-Ökostadt oder Mittelmass: Wo steht die Umweltpolitik der Stadt Bern?». Eingeladen waren Gemeinderätin Barbara Hayoz und Roland Stulz, Geschäftsführer von novatalantis, der Geburtsstätte der «2000 Watt-Gesellschaft». Im Juni befasste sich die Stadtpartei mit Wirtschaftsfragen. Unter dem Titel «Stadt im Aufbruch! Wirtschaftliche Auslegeordnung, Chancen und Perspektiven», moderierte Genosse Toni Bräuchle eine spannende Diskussion mit Grossrat Christoph Stalder (FDP) und unserem Stapi, Alex Tschäppät.

Am 29. August führten wir das Podium «Ergänzender Arbeitsmarkt – Risiko oder Chance?» durch. Gemeinderätin Edith Olibet, Ueli Mäder (Professor für Soziologie und Sozialpolitik an der Uni Basel) sowie Rolf Zimmermann (Sekretär Schweizerischer Gewerkschaftsbund) führten unter der Leitung von Priscilla Imboden eine engagierte Diskussion. Im Oktober waren Béatrice Stucki, Alexander Tschäppät, Irène Marti Anliker und Andreas Rickenbacher auf der Suche nach Gemeinsamkeiten der rotgrünen Stadt und dem bürgerlichen Kanton.

An der letzten DV im Dezember schliesslich referierte Natalie Imboden (Zentralsekretärin Schweizerischer Gewerkschaftsbund) zum Thema «Gleiche Löhne für Frau und Mann – Utopie oder Wirklichkeit?».

Mehr Informationen zu den Delegiertenversammlungen der SP Stadt Bern können in den Protokollen nachgelesen werden.

## **Geschäftsleitung und Büro der Geschäftsleitung**

Die Geschäftsleitung traf sich 2005 zu insgesamt elf Sitzungen. Sie befasste sich mit Abstimmungsparolen, verabschiedete Vernehmlassungen und Mitwirkungen der SP der Stadt Bern und diskutierte administrative und organisatorische Fragen. Im Vordergrund standen aber vor allem wichtige politische Themen. Dazu gehörten in der ersten Jahreshälfte die neue Bauordnung, die städtische Wohnbaupolitik, die Verabschiedung eines neuen Auftrags an die Arbeitsgruppe Kultur sowie der Beitritt der Stadtpartei zum Schweizerischen Arbeiterhilfswerk Region Bern. Von August bis Dezember standen das Schulreglement, die Zusammenarbeit der RGM-Parteien, die Sanierung der Wankdorfkreuzung, KWO plus sowie die Energiestrategie der Stadt Bern 2006 bis 2015 auf der Traktandenliste.

Das Büro der Geschäftsleitung erarbeitete an der Klausur vom 7. und 8. Januar 2005 in Gwatt die Jahresplanung. Sie traf sich sodann zu neun Mittagssitzungen und zwei Abendsitzungen, um die ihr gemäss Statuten auferlegten Aufgaben wahr zu nehmen.

## **Öffentlichkeitsarbeit und neuer Internetauftritt**

Die SP Stadt Bern und ihre Exponentinnen und Exponenten waren wiederum sehr präsent in den Medien vertreten. Die Parteileitung verfasste zudem über 15 Medienmitteilungen und lud am 25. Oktober zur viel beachteten Medienkonferenz «Wie weiter mit KWO Plus? Position und Vorschläge der SP Stadt und Kanton Bern» ein.

Ferner wurde im 2005 der Internetauftritt von Renato Wolf neu konzipiert: Ein Blick auf <http://www.sp-bern.ch/stadt/> lohnt sich allemal!

Wir danken an dieser Stelle herzlich allen engagierten Genossinnen und Genossen für das geleistete Engagement. Viel Arbeit wird von den Vorständen der Sektionen und den Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Büros der Geschäftsleitung geleistet. Aber auch alle Mandatsträgerinnen und –träger tragen mit ihrer Arbeit zum Erfolg der SP der Stadt Bern bei. Merci viu mau!

Béatrice Stucki und Michael Aebersold, Co-Präsidium der SP der Stadt Bern

## BERICHT DER SP/JUSO-FRAKTION DER STADT BERN

Die SP/JUSO-Fraktion hat ihr erstes Jahr in neuer Zusammensetzung nach den Wahlen 04 hinter sich: Die Bilanz der Arbeit in der Fraktion ist positiv – die neuen Mitglieder haben sich mit viel Engagement in verschiedene Politikbereiche eingearbeitet, in den vorbereitenden Kommissionen Verantwortung übernommen und mit Vorstössen neue Ideen in die politische Diskussion gebracht. So macht die Parlamentsarbeit, die nach wie vor einen grossen Teil unserer Freizeit beansprucht, Spass: konstruktives Diskutieren, sorgfältiges Argumentieren und homogenes Auftreten sind die Markenzeichen dieser Fraktion geworden.

Etwas rar gemacht haben sich die beiden Regierungsmitglieder: Die Reduktion auf 5 Direktionen zeigt sich auch in der abnehmenden Präsenz von Edith und Alex. Der Austausch bei zentralen Geschäften klappt aber nach wie vor gut und gestaltet sich sehr freundschaftlich.

An 29 Fraktionssitzungen wurden die laufenden Parlamentsgeschäfte vorbereitet, wichtige Kommissionengeschäfte vorbesprochen sowie an die 50 Vorstösse verabschiedet. 15 Fraktionsmitglieder arbeiten in den ständigen vorbereitenden Kommissionen, 3 in der Agglomerationskommission. Werden Geschäfte durch SP-Kommissionsmitglieder vorbereitet, kann das Parlament davon ausgehen, dass fundiert und sorgfältig abgeklärt worden ist, worüber entschieden werden muss.

Auf das Ende des ersten Jahres der Legislatur ist Maya Widmer wegen zunehmender beruflicher Beanspruchung zurückgetreten. Für sie wird Ursula Marti im Januar nachrücken. Die Fraktion hat im November einen wichtigen personellen Entscheid gefällt und Res Zysset für das 2. Stadtratsvizepräsidium nominiert. Res wird also im EURO- und Wahljahr 2008 das Parlament präsidieren!

Mit verschiedenen Anlässen wurde darauf hin gewirkt, dass sich die Fraktion in der neuen Zusammensetzung als Gruppe gut findet. Unter anderem fand im Frühjahr eine Klausursitzung statt, an der konzentriert in den Bereichen Umwelt, Wohnen und Sicherheit die Steuerungsmöglichkeiten über NSB (Neue Stadtverwaltung Bern) ausgelotet und viele SP-Forderungen hinsichtlich des Budgets 06 vorbereitet wurden. Der traditionelle Fraktionsausflug führte nach Aarau, wo wir uns ein Bild von der recht heterogen verlaufenen Stadtentwicklung der letzten Jahrzehnte machen konnten.

Das politische Klima in der Stadt Bern hat sich nach den Wahlen nicht wesentlich im Sinne einer konstruktiveren Zusammenarbeit mit der Opposition verändert. Insbesondere die SVP hat sich weg von einer verantwortungsvollen und nach Lösungen suchenden politischen Kultur entwickelt. Die persönliche Profilierung steht bei den Parlamentsmitgliedern dieser Partei im Vordergrund, Polter-Rhetorik hat Einzug gehalten. Doch auch die grösste der bürgerlichen Parteien, die FDP, hat im Jahre 13 der RGM-Mehrheit noch nicht zu einer Oppositionspolitik gefunden, die diese Bezeichnung verdient. Sie verbeisst sich in haltlosen Vorwürfen und provoziert déjà-vu-Diskussionen zu den ewig gleichen

Themen. Die Zusammenarbeit mit den beiden grünen Fraktionen gestaltet sich hingegen gut und auf einer freundschaftlichen Basis. Die Fraktionspräsidien informieren sich gegenseitig über die Beschlüsse und initiieren regelmässig Vorabsprachen unter den Kommissionsmitgliedern.

## **Parlamentsgeschäfte**

Wie immer folgt an dieser Stelle ein Überblick über einige zentrale Parlamentsgeschäfte mit einer politischen Würdigung. Vollständigkeit kann dabei angesichts der Dutzenden von Traktanden nicht angestrebt werden. So wird in diesem Bericht nicht auf die Saatkrahenplage, auf den Aufklärungsunterricht an den Berner Schulen, auf kiffende Stadträtlinnen, auf Jodtabletten oder auf Löcher in der unteren Altstadt eingegangen.

- Jugendarbeitslosigkeit: Die SP hat sehr rasch auf die alarmierende Situation reagiert und Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit initiiert. Flankierend zu den begrüssenswerten Strategien des Gemeinderates, hat die SP insbesondere die Schaffung von Lehrstellen verlangt und im Budget 06 auch deponiert.
- Zonenplanung Schermenareal: Dank den Kompromissanträgen im Bereich der Familiengärten hat die SP der Planung eine sichere Mehrheit im Rat und in der Volksabstimmung verschafft.
- Entsorgungshof Nord: Der Entsorgungshof ist ein wichtiges Puzzle-Teil in der Umsetzung der Abfallstrategie der Stadt. Die Stimmenden haben im Berichtsjahr bekanntlich dem Abfallreglement deutlich zugestimmt und den bürgerlichen Volksvorschlägen eine Abfuhr erteilt. Die sehr emotionale Debatte zum Entsorgungshof wird wohl bis zum Abstimmungstermin im Februar 06 geführt.
- Kundgebungsreglement: Unter Federführung von SP-ExponentInnen konnte die unendliche Geschichte dieses Reglements endlich abgeschlossen werden. Die Fraktion konnte dem Reglement schliesslich zustimmen, nachdem der ominöse Artikel 5 (Auflösung von Demonstrationen) entfernt worden war. Im Reglement werden die Pflichten von KundgebungsveranstalterInnen festgeschrieben, korrekterweise aber keine operativen Vorgaben für den Polizeieinsatz festgehalten.
- Bahnhofplatz: Noch einmal durfte sich der Rat mit diesem Dossier beschäftigen, als es galt, die Abstimmungsbotschaft zu verabschieden. Dem grossen Einsatz von SP-GenossInnen ist es letztlich mitzuverdanken, dass die Vorlage eine Mehrheit gefunden hat.
- KWOpus: Gemeinsam mit den grünen Fraktionen hat die SP im Frühsommer die geplante Staumauer-Erhöhung auf der Grimsel zum Thema gemacht und damit umgehend ein politisches Erdbeben mittlerer Stärke im Kanton ausgelöst. Partei- und Fraktionspräsidium haben in der Folge einen Diskussionsprozess mitgeprägt, der offene Fragen und Unklarheiten in diesem Grossprojekt zu Tage gebracht hat. Da die Produktion von erneuerbarer Energie unbedingt gefördert werden muss, um die Abhängigkeit vom Atomstrom zu reduzieren, ist die SP zu einer Neubeurteilung von KWOpus bereit, wenn die volkswirtschaftlichen Auswirkungen seriös abgeklärt und die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen transparent gemacht werden.



- Kulturdebatte: Im November hat sich das Parlament auf eine ansprechende Art, aber letztlich zu einem verfrühten Zeitpunkt Gedanken zu einer städtischen Kulturpolitik gemacht. Erst wenn der Gemeinderat seine Kulturstrategie verabschiedet hat, wird das Parlament in der Lage sein, sich darüber zu unterhalten, wie viel welche Kultur kosten darf. Die AG Kultur der SP hat die Fraktion auf verdankenswerte Art in dieser Debatte inhaltlich unterstützt.
- Reitschulinitiative: Dank der unermüdlichen Schaffenskraft einzelner rechter Exponenten hat sich der Rat auch in diesem Berichtsjahr mehrmals zur Reitschule äussern dürfen. Die SP hat dabei immer den konstruktiven Prozess zwischen IKUR und Verwaltung begrüsst und gefördert. Bei der Behandlung der Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» wurde schnell klar, dass sie letztlich auf die Abschaffung der Institution Reitschule zielt. Dieses Ansinnen hat aber bekanntlich (einmal mehr) an der Urne keine Unterstützung erhalten.

Und sonst? Ein deutlich angenommenes Budget, die geplante Realisierung einer Kinderolympiade und vieles mehr trägt die Handschrift der SP/JUSO-Fraktion. Und oft hat diese Gruppe unentwegt Politisierender auch die Handbremse gezogen oder die Alarmanlage angestellt: Etwa bei der dürftigen Umsetzung des «Carfree-Day» 2005, bei den explodierenden Kosten für den Polizeistützpunkt West, beim Mobilfunkantennen-Dschungel, bei der sich abzeichnenden nicht akzeptablen Kostenbeteiligung der Stadt an der Fussbal-leuropameisterschaft 2008 und so weiter und so fort.

Der Berichterstattende bedankt sich an dieser Stelle bei allen Fraktionsmitgliedern für deren grosses Engagement, beim Co-Präsidium der SP Stadt Bern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und bei Leyla Gül für ihre Unterstützung.

Raymond Anliker, Fraktionspräsident

# BERICHT DER STÄDTISCHEN GROSSRÄTINNEN

Städtische Grossrätinnen und Grossräte im Dezember 2005: Fabio Tanner, Fachgruppe Bildung, Erziehung, Kultur. Irène Marti Anliker, Béatrice Stucki und Simon Ryser, Fachgruppe Gesundheit und Fürsorge. Christine Schnyder Zysset und Paula Ramseier, Fachgruppe Finanzen, Volkswirtschaft. Andreas Hofmann und Margrit Stucki-Mäder, Fachgruppe Bau, Verkehr, Energie, Ökologie.

## Februarsession

Das absolute Highlight der Februarsession war die Annahme der dringlichen Motion von Regula Ochsner zum Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, die verlangte, zusätzliche Mittel bereit zu stellen, damit im Jahr 2005 weitere Plätze in der familienergänzenden Betreuung geschaffen werden können. Die FDP-Fraktion war trotz positiven Äusserungen zur familienergänzenden Betreuung gegen die Motion, da die staatlichen Institutionen zu teuer seien! Auch die SVP war im Vorfeld der Steuersenkungsinitiative gegen die Motion. Dank einigen «Abweichtlern», guter Präsenz der fortschrittlicheren Kräfte und einem grossen Aufwand von Regula Ochsner, schafften wir den Erfolg: Die Motion wurde mit 94:82 Stimmen angenommen.

Dem Projektierungskredit zur Wankdorfkreuzung wurde von der SP Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

## Aprilsession

Die Aprilsession war eine nahrhafte, spannende und leider auch immer wieder enttäuschende Session. Der erste Tag brachte dem Kanton einen riesigen Rückschritt in Sachen Ausländerstimmrecht. Die FDP-Fraktion hat wider Erwarten und wohl aus wahltaktischen Überlegungen mit der SVP die Vorlage abgelehnt, welche es den Gemeinden im Kanton Bern ermöglicht hätte, fakultativ das Ausländerstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten einzuführen. Die Stadt Bern wartet schon seit einiger Zeit auf diese Möglichkeit. Nun ist das Thema leider vorerst vom Tisch.

Mit dem neuen Berufs- und Weiterbildungsgesetz (BerG) reorganisiert der Kanton Bern seine gesamte Berufs- und Erwachsenenbildung. Mit dem neuen Gesetz wird bei allen Ausbildungen die Erziehungsdirektion zuständig. In Zukunft also auch bei den Berufen des Gesundheitswesens, sowie land- und forstwirtschaftlichen Berufen. Die vorberatende Kommission hat unter dem Präsidium von Fabio Tanner sehr gute Arbeit geleistet. Fast einstimmig wurde die erste Lesung des Gesetzes so verabschiedet, wie es die Kommission vorbereitet hatte.

Die Bildungsstrategie des Regierungsrates zeigt den Handlungsbedarf und die Perspektiven für die nächsten 10 bis 15 Jahre auf. Als Bericht konnte der Grossrat mit Planungserklärungen dazu Stellung beziehen. Solche Planungserklärungen kann die Regierung in die Umsetzung einbeziehen – aber nicht zwingend. Für die Monsterdebatte lagen 40 solcher Planungserklärungen vor! Der Grossrat entschied sich z.B. mehrheitlich für weniger integrative Schulmodelle auf der Sekstufe I und mehr Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen. Im Gesamten wurde die Bildungsstrategie vom Grossrat verschlechtert. Mit dieser Strategie wurde zudem mit dem Sprachenkonzept entschieden, dass im Kanton Bern das Frühfranzösisch ab der 3. Klasse eingeführt werden soll.

Dem Gesetz über die Beteiligung an der Messepark AG (BMBG) hat die SP Fraktion mit einigen Enthaltungen zugestimmt.

### **Junisession**

Das Hauptthema der kurzen – fünftägigen – Junisession waren die 2. Lesung des Berufsbildungsgesetzes (BerG), der Sanierungsbeitrag BLVK sowie das Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

### **Septembersession**

Die erste Sessionswoche war geprägt durch die Beratung des Berichts zur Abklärung der Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK). Simon Ryser und Irène Marti Anliker waren als Stadtberner in der PUK vertreten. Dank einer guten personellen Zusammensetzung konnte die PUK sehr konstruktiv arbeiten und legte in kurzer Zeit einen 300seitigen Schlussbericht vor. Die aufwändige Kommissionsarbeit und die zahlreichen Anhörungen waren allerdings sehr zeitintensiv und brachten die Kommission an den Rand eines Milizparlamentes. Die beiden kantonalen Pensionskassen werden den Grossen Rat noch weiterhin beschäftigen, z.B. im Zusammenhang mit einem möglichen Primatwechsel.

In der zweiten Sessionswoche standen die dringlichen Vorstösse zur Hochwasserkatastrophe zur Debatte. Ferner wurde der Bericht des Regierungsrates «Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit» diskutiert. In der vorberatenden Kommission war die Stadt durch Margrit Stucki-Mäder vertreten.

### **Novembersession**

Im November rückte Béatrice Stucki für die aus beruflichen Gründen zurück getretene Mirjam Bütler in den Grossrat nach. Im Zentrum dieser Session stand die Finanzpolitik. Wenig zu diskutieren gab das Budget sowie der Finanzplan, da sich die Finanzlage des Kantons im Vergleich zu den 90er Jahren massiv verbessert hat: In allen Planjahren kann mit einem positiven Rechnungsabschluss gerechnet werden. Dies führte nun auf bürgerlicher Seite schon wieder zu Begehrlichkeiten. Vertreter der FDP und SVP reichten verschiedene Steuersenkungsvorstösse ein, gegen welche die SP-Fraktion leider ohne Erfolg eintrat.

Ein weiterer Schwerpunkt der Novembersession war die 2. Lesung des Notariatsgesetzes. Die Debatte wurde vor allem von praktizierenden Notarinnen und Notaren geführt. Die SP wollte im Gesetz verankern, dass sich Kundschaft und Notar auf einen Tarif einigen können, der unter den Mindesttarif geht. Die bürgerliche Mehrheit setzte jedoch durch, dass der Mindesttarif eingehalten werden muss. Gerade hier soll nun der freie Markt nicht spielen ...

Die SP-Fraktion lehnte das neue Notariatsgesetz in der Schlussabstimmung ab.

Schliesslich noch ein Blick auf erfolgreiche Vorstösse unserer Delegation:

- Christine Schnyder Zyssets Motion «Nachtlokale im Kanton Bern: besserer Schutz der Tänzerinnen», wurde teilweise gut geheissen. Die Mehrheit des Grossrates lehnte es ab, das Gastwirtschaftsgesetz dahingehend zu ändern, dass das Animierverbot durchgesetzt werden kann. Hingegen waren alle 156 anwesenden Ratsmitglieder bereit, die Erteilung von Betriebsbewilligungen für Nachtlokale mit Auftritt von Tänzerinnen an Bedingungen zu knüpfen.
- Irène Marti Anlikers dringliche Motion «Rettung des Gratis-Veloverleihs Bern/Thun rollt» wurde mit 82 gegen 78 Stimmen knapp als Postulat angenommen. SVP und FDP lehnten die Motion aus Spargründen ab. Die Motion verlangte, dass der Kanton einen einmaligen Beitrag von Fr. 175 000.- für das Projekt bewilligen sollte.
- Simon Rysers Motion betr. Subventionierung des Behindertentransports wurde einstimmig angenommen und hat zur Folge, dass der Kanton jährlich Fr. 500 000.- mehr an die Stiftung Behindertentransport bezahlt (Kompensation von wegfallenden IV-Subventionen von mehr als 2 Mio. Franken).
- Margrit Stuckis dringliche Motion «Frei werdende Büros wieder für Wohnzwecke nutzen» wurde teilweise angenommen. Der Auftrag an den Regierungsrat, dafür zu sorgen frei werdende Büros, die im Besitz des Kantons sind, wieder Wohnzwecken zuzuführen, wurde als Postulat mit 87 gegen 55 Stimmen angenommen. Der Auftrag, mit der Stadt Verkaufsverhandlungen aufzunehmen, hatte keine Chance und wurde zurückgezogen. Der dritte Auftrag, die Stadt Bern zu informieren, welche Objekte frei werden, wurde als Motion mit 81 gegen 64 Stimmen angenommen.

Margrit Stucki-Mäder

# GEMEINDEABSTIMMUNGEN

## 27. Februar 2005

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Oberfeld Ostermundigen, Kredit für die Planungsmehrwert-Entschädigung	Ja	Angenommen (79,4%)
Historisches Museum Bern, Erweiterungsanbau Kubus/Titan, Baukredit	Ja	Angenommen (78,4%)
Zonenplan Wylerstrasse 121-125 (Schnellgutareal)	Ja	Angenommen (86,3%)

## 5. Juni 2005

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Zonenplan Schermenareal – Waldau	Ja	Angenommen (67,2%)
Nutzungszonenplan Hintere Engehalde – Thormannmätteli – Löchligut	Ja	Angenommen (79,8%)
Neuer Bahnhofplatz	Ja	Angenommen (51,1%)
Zusatzfrage Baldachin	Ja	Angenommen (63,2%)

## 25. September 2005

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Abfallreglement: Stadtvorlage	Ja	Angenommen (51,9%)
Abfallreglement: Volksvorschlag	Nein	Abgelehnt (44,8%)
Schlachthof (Stauffacherstrasse 80-98); Kredit und Abgabe von Land im Baurecht	Ja	Angenommen (87,6%)

## 27. November 2005

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule»	Nein	Abgelehnt (64,8%)
Produktgruppen-Budget 2006 der Stadt Bern	Ja	Angenommen (70,9%)

## MITGLIEDERENTWICKLUNG

Sektion	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Diff. 04/05	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenfeld <sup>1)</sup>	99	151	180	167	191	196	202	206	+ 4	11
Bümpliz/ Bethlehem <sup>2)</sup>	305	243	304	291	270	260	259	238	-21	12
Holligen	86	81	69	68	70	70	67	69	+ 2	4
Länggasse- Enge	230	243	223	214	208	203	209	214	+ 5	11
Nord	217	295	275	279	267	268	291	293	+ 2	15
Ost	130	157	174	180	181	189	189	197	+ 8	10
Süd	178	170	158	171	176	168	167	161	- 6	9
Einzelmitglieder				2	1	2	20	20	+0	
Matte <sup>1)</sup>	41									
Unterstadt <sup>1)</sup>	23									
Marzili <sup>1)</sup>	17	30	29	27						
Bethlehem <sup>2)</sup>	101	103								
Romand <sup>3)</sup>	60	50	27	24	20	18				
Frauensektion <sup>4)</sup>	20	20								
Burgfeld <sup>5)</sup>	79									
Total	1586	1543	1439	1423	1384	1374	1404	1398	- 6	72

1) 1993 Fusion mit Matte und Unterstadt, 2002 Fusion mit Marzili

2) 1999 Fusion mit Bümpliz zu Bümpliz/Bethlehem

3) Aufgelöst 2004

4) Aufgelöst 2000

5) Aufgelöst 1993

# JAHRESRECHNUNG 2005

## Bilanz per 31. Dezember 2005

<b>Aktiven</b>	<b>113940.75</b>
Kasse	81.00
Postkonto	48788.75
Bankkonto	8687.50
Depositenkonto	50199.85
Debitoren VST	107.65
Debitoren Sektionen	5631.00
Debitoren andere	445.00
Transitorische Aktiven	0.00
<b>Passiven</b>	<b>113940.75</b>
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	3300.25
Transitorische Passiven	3398.00
Darlehen	0.00
Wahlfonds	19928.00
Info-fonds	5486.45
Fonds politische Rechte	8457.20
Gewinnvortrag 1.1.05	49495.10
Ertragsüberschuss 31.12.05	23875.75
Gewinnvortrag 31.12.05	73370.85

# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1.1. 2005 – 31.12.2005

	<b>Rechnung 04</b>	<b>Budget 05</b>	<b>Rechnung 05</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>171747.60</b>	<b>123778.00</b>	<b>99285.55</b>
Wahlen	69459.00	19928.00	19928.00
- Einlage Wahlfonds	0.00	0.00	0.00
Kampagnen	2171.10	6000.00	4094.25
Information	22582.00	24500.00	24201.78
- Stadt Blatt	21355.50	22000.00	21105.78
- Inform.PR	0.00	1000.00	0.00
- Internet	1226.50	1500.00	3096.00
Bildung, Kultur	1050.00	2000.00	1000.00
- Partei allg.	50.00	1000.00	0.00
- Frauenbildung	0.00	0.00	0.00
- Kultur	1000.00	1000.00	1000.00
Aktionen, Veranstaltungen	2621.65	8000.00	2240.00
- Partei allg.	2621.65	4000.00	2240.00
- Frauenprojekte	0.00	4000.00	0.00
Kredit GL	1362.55	2000.00	2364.80
Beitrag SP Kanton	46299.50	38000.00	40576.00
Administration	8985.25	7250.00	6260.47
Saalmieten	3279.50	3000.00	4290.25
Beiträge / Spenden	2430.00	2800.00	4030.00
- Juso	1500.00	1500.00	1500.00
- diverse	930.00	1300.00	2530.00
Einlage Fonds pol.Rechte	700.00	300.00	300.00
Diverses / Steuern	807.05	0.00	0.00
Finanzierung Schulden	10000.00	10000.00	-10000.00
<b>Total Ertrag</b>	<b>184702.50</b>	<b>125500.00</b>	<b>123161.30</b>
Sonderfinanzierung Wahlen	4835.00		
Mitgliederbeiträge	93474.30	92000.00	91852.30
Mandatsteuern	36965.00	30000.00	26775.00
FBA	3104.00	0.00	0.00
Ertrag Stadt Blatt	550.00	200.00	1515.00
Zinsertrag	153.35	100.00	307.50
Entnahme Wahlfonds	38072.65	0.00	0.00
Spenden	1978.00	1000.00	111.50
Beiträge Kampagnen	3570.20	200.00	0.00
Diverse Erträge	2000.00	2000.00	2600.00
Materialverkauf	0.00		
Auflösung Reserven und Vermögen	0.00		
<b>Erfolg</b>	<b>12954.90</b>	<b>1722.00</b>	<b>23875.75</b>



# BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

## ARBEIT UND BILDUNG BERN (abb)

---

GSB-Vertretung: Peter Anliker, Georg Bodmer, Emil Scheuwly, Vreny Vogt. SP-Vertretung: Heidi Flückiger Ehrenzeller, Bernadette Häfliger, Adrian Zimmermann (Präsident).

arbeit und bildung bern (abb) ist das Bildungsorgan des Gewerkschaftsbunds Bern und Umgebung. abb bot dieses Jahr wiederum eine breite Palette von Bildungsanlässen durch (siehe Anlassliste).

Die traditionelle, von Hans Rudolf Blatter geleitete Pfingstreise wurde zum 25. Mal organisiert und führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diesmal nach Südfrankreich.

Eine unschöne Überraschung erlebten wir im Sommer, als das Stadttheater ankündigte, die bewährten Volksvorstellungen einzustellen. Dies notabene, ohne vorher mit uns das Gespräch zu suchen. Obschon abb für die finanziell nicht immer rosige Lage des Stadttheaters ein gewisses Verständnis hat, waren wir nicht bereit, diesen Entscheid einfach so hinzunehmen. In zwei Verhandlungsrunden unter der Leitung des Stadttheaters, an denen von unserer Seite Ruedi Keller, GSB-Präsident, Peter Anliker abb-Vorstandsmitglied, und Adrian Zimmermann, abb-Präsident teilnahmen, haben wir Ende Jahr einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss erreicht: Für sämtliche zweite Vorstellungen (nach der Premiere) aller Eigenproduktionen des Stadttheaters auf der grossen Bühne und im Kornhaus, wird ein Rabatt von 10% gewährt. Diese Regelung gilt für sämtliche Kategorien ausser der 1. Preiskategorie.

Eine Zusammenarbeit beim Abonnementsverkauf pflegen wir neu auch mit dem Theater an der Effingerstrasse. Weiter wollen wir in Zukunft vermehrt auch die Zusammenarbeit mit anderen kulturellen Institutionen suchen, um unseren Mitgliedern einen breiten Zugang zu kulturellen Veranstaltungen bieten zu können.

Anlässe 2005:

- Stade de Suisse, Führung Wankdorf-Stadion (7. Mai)
- Pfingstreise in die Provence / Camargue (13.-16. Mai)
- Weiterbildung Arbeitsgerichtsbeisitzende (21. Mai)
- Filmmatinee «Gramper und Bosse» im Kellerkino (22. Mai)
- Bern malerisch, Kleefeldein zum Zentrum mit Stattland (10. September)
- Zentrum Paul Klee, Führung durch die Ausstellung (19. November)
- Theatervorstellungen im Theater an der Effingerstrasse (Saison 05/06)

Adrian Zimmermann, Präsident abb und Marta Buzzi, Koordinatorin abb

## SCHULFRAKTION

---

Mitglieder: Corinne Mathieu Neuhaus (Präsidentin), Martin Sahli (Vizepräsident, Schulleitung), Brigitte Kohli (Schulgruppen, Vertretung Süd), Edith Meier (Adressverwaltung, Kasse), Patrizia Mordini (FA Bildung, Homepage), Margrit Stucki (Vertretung Büro GL), Samuel Zellweger (Vertretung Länggasse, VSK).

Den Schwerpunkt der Sitzungen im Jahr 2005 bildeten die Diskussionen rund um den erneuten Anlauf zur Totalrevision des Schulreglements, nachdem der erste Versuch zur Totalrevision 2003 im Stadtrat knapp gescheitert war.

Dieses Mal wurden die verschiedenen PartnerInnen schon von Beginn weg in die Erarbeitung eines Vernehmlassungsentwurfs miteinbezogen, was zu einer deutlich entspannteren Gesprächs- und Diskussionskultur führte. Der Bericht «Schulstrukturen Stadt Bern: Überprüfung und Varianten zu den Schulstrukturen Bern» stand im Mittelpunkt der HV der Schulfraktion. Anhand dieses Berichtes konnte noch vor der Veröffentlichung des Vernehmlassungsentwurfes Position bezogen werden. Die Schulfraktion wurde von der Stadtpartei mit der Ausarbeitung einer Vernehmlassungsantwort zu Händen der Geschäftsleitung beauftragt. Die vorangegangene Diskussion des Schlussberichts an der HV lieferte dem Vorstand der Schulfraktion wichtige Inputs für diese Stellungnahme. Aufgrund der Terminierung dieser Vernehmlassung (Mitte Juni – Mitte August 2005) war es zum grossen Bedauern des Vorstands nicht möglich, die Schulgruppen der Sektionen in der gewünschten Form in die Vernehmlassung miteinzubeziehen. Der Vorstand der Schulfraktion hat diese Vernehmlassung in zwei Sitzungen intensiv und teilweise auch kontrovers, aber immer sehr konstruktiv, diskutiert. Margrit Stucki, als Vertreterin des Büro GL sowie Corinne Mathieu haben die Stellungnahme der Schulfraktion in der Geschäftsleitung vorgestellt.

Die Diskussion ist noch nicht zu Ende: Im ersten Quartal des Jahres 2006 stehen die Beratungen in der Kommission und im Stadtrat an. Auch hier wird die Schulfraktion bzw. ihre Vertretung in den verschiedenen Gremien aktiv beteiligt sein.

Nach den Stadtratswahlen 2004 mussten die Schulkommissionssitze für die Legislatur 2006 – 2009 neu besetzt werden. Aufgrund der Sitzverluste bedeutete dies für die SP, dass sie 14 Sitze abgeben musste. Der Vorstand der Schulfraktion bereitete die Neuverteilung der Sitze zuhanden des Präsidiums der Stadtpartei vor. Wir bemühten uns sehr, alle Wünsche zu berücksichtigen, was aber leider nicht für alle Schulkommissionen möglich war. Margrit Beyeler als Co-Präsidentin und Edith Meier als Vertreterin der Schulfraktion lösten die schwierige Aufgabe in der Präsidienkonferenz hervorragend.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Überarbeitung der Bildungsplattform. Diese ist offenbar so gut, dass sogar die SP Region Bern einige Inhalte für ihre Wahlplattform 2006 übernommen hat. Nichtsdestotrotz drängte sich eine Überarbeitung auf, da einige Forderungen, die darin enthalten sind, inzwischen erfüllt worden sind oder die Zahlen nicht mehr aktuell sind. Die überarbeitete und aktualisierte Version wurde der Geschäftsleitung zur Verabschiedung vorgelegt.

An der HV 2005 trat Susanne Meier nach langjähriger und engagierter Tätigkeit aus dem Vorstand zurück. Wir danken ihr ganz herzlich für ihre Arbeit.

Die Totalrevision des Schulreglements wird uns auch im Jahr 2006 beschäftigen, des Weiteren soll anlässlich der HV HarmoS/BiVos vorgestellt werden. Thema der Bildungsveranstaltung im November sind erste Erfahrungen mit dem Pilotprojekt Basisstufe.

Für die Schulfraktion: Corinne Mathieu Neuhaus

## **AG SOZIALPOLITIK**

---

Mitglieder: Giovanna Battaglio (Stadträtin, Mitglied Finanzkommission), Cornelia Bürki, Walter Christen (Kontakt Büro GL), Veronika Keller, Barbara Kuoni, Miriam Schwarz (Stadträtin, Mitglied Kommission SBK), Ernst Spychiger, Markus Troxler, Gerhard Wehrli, Matthias von Bergen (Präsident AG Sozialpolitik)

Die AG Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr zu sieben Sitzungen getroffen. Dabei standen die folgenden Themen im Vordergrund:

- Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung «Ergänzender Arbeitsmarkt – Gefahr oder Chance», die 29. August 2005 im Rahmen der DV der Stadtpartei stattgefunden hat. Der Basler Soziologieprofessor Ueli Mäder skizzierte in einem Einstiegsreferat Situation und Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt, die sozialpolitischen Konsequenzen (v.a. massive Zunahme der Zahl der SozialhilfeempfängerInnen) und mögliche Lösungsansätze mit ihren Chancen und Risiken. Im Podiumsgespräch (Leitung: Priscilla Imboden, Radio DRS), an dem neben Ueli Mäder der Gewerkschafter Rolf Zimmermann und unsere Gemeinderätin Edith Olibet teilnahmen, wurde deutlich, dass Massnahmen zur Beschäftigung und Arbeitsintegration sozialpolitisch Priorität haben. Insbesondere für junge Erwerbslose und für Langzeitarbeitslose braucht es differenzierte Aktivitäten zur beruflichen und sozialen Integration (Lehrbetriebsverbände, Qualifikation, Arbeit statt Fürsorge etc., aber auch neue Formen).
- Besprechung des neuen städtischen Konzeptes «Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005-2009» (November 2005) mit dem SP-Sprecher der zuständigen Kommission des Stadtrates, Christof Berger; die Diskussion in der AG Sozialpolitik, an der drei StadträtInnen teilnahmen, diente als Vorbereitung der Kommissionsarbeit.
- Diskussion der neuen SKOS-Richtlinien (Richtlinien für die individuelle Sozialhilfe) und der für die Umsetzung im Kanton Bern relevanten kantonalen Verordnung; Abschätzung des Handlungsbedarfs für die Stadt Bern.
- Thema «Sozialführer»: Abklärungen im Hinblick auf eine (internetbasierte) Übersicht über die sozialen Angebote in der Stadt Bern (städtische, private, kirchliche etc.) für BenutzerInnen und Öffentlichkeit; die Idee wird 2006 weiterverfolgt.
- Austausch mit Edith Olibet, Gemeinderätin / Direktorin BSS, über aktuelle sozialpolitische Themen in der Stadt Bern.
- Information und Rückmeldungen zu aktuellen Themen aus dem Stadtrat sowie aus der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur SBK.

Für die AG Sozialpolitik: Matthias von Bergen

## **AG STADTENTWICKLUNG / WOHNEN / VERKEHR**

---

Mitglieder: Evi Allemann (SP-Nationalrätin), Andreas Hofmann (SP-Grossrat), Margrith Beyeler Graf, Res Flückiger, Sarah Kämpf, Stefan Jordi, Gisela Vollmer (SP-StadträtInnen), Oskar Balsiger, Rahel Erni, Felix Hauser, Ingrid Kissling, Ruedi Muggli, Hans Stieger, Hans Stucki.

Die Arbeitsgruppe Stadtentwicklung wurde 2005 von Felix Hauser, Gisela Vollmer, Stefan Jordi und Oskar Balsiger neu ins Leben gerufen. Nach der Gründungsphase tagte sie ab Mai bis Jahresende viermal.

An der Sitzung vom 3. Mai entwarf die AG zuhanden der GL eine Mitwirkungsantwort zur Überbauungsordnung Ackerli. Ferner erstellte sie eine Liste der durch die AG zu behandelnden Themen und setzte Prioritäten.

Am 16. August setzte sich die AG mit den Zonenplanänderungen «Viktoria» und «Kleine Allmend», mit der Überbauungsordnung Rehag und mit der Mitwirkung zur Bauordnung (BO 05) auseinander. Zur Kleinen Allmend empfahl die AG eine Bewirtschaftung der Parkplätze ab erster Minute, die Verbesserung der Anbindung der Sportplätze an das Stadion, die Klärung des Erfordernisses Beleuchtung, die Ablehnung der Umzäunung der 6 Spielfelder sowie die Prüfung der öV-Anbindung. Hinsichtlich des Zonenplans «Viktoria» empfahl die AG, auf dem Areal geplante neue „P“ dem internen Gebrauch vorzubehalten, um Nachtruhestörung in angrenzenden Wohnzonen zu vermeiden. Ferner soll der Baumbestand geschützt werden.

Bezüglich BO 05 wurde die bisherige Haltung der SP Stadt bestätigt. Zur Überbauungsordnung Rehag sprach die AG ihre Zustimmung aus, unter den Bedingungen: keine Ablagerung von inerten Stoffen, Sicherung der Mehrwertabschöpfung und Grundeigentümerbeiträge an Naturschutzmassnahmen im Infrastrukturvertrag, Möglichkeit der Erholungsnutzung vor Abschluss der Deponiearbeiten, Offenlegen der für die Stadt entstehenden Verpflichtungen, keine Präjudizierung des Ausbaus des Moosweges als «Westumfahrung» Bümpliz sowie rechtliche Sicherung der Umklassierung des Riedmoosweges als Landwirtschafts-, Geh- und Radweg.

Die Themen der Sitzung vom 1. November waren: SP-Matrix zum Fussgänger- und Veloverkehr und Korridorstudie RVK Bern-Nord. Daneben führte die AG eine ständig nachzuführende Liste mit «offene Pendenzen» sowie einem «Themenspeicher» ein. Zudem beschloss sie, die städtische AG Stadtentwicklung zu einer regionalen AG Stadtentwicklung weiterzuentwickeln, um vermehrt regionale Themen auf breiterer Basis diskutieren zu können.

An der Sitzung vom 6. Dezember standen die beiden Mitwirkungen zur Änderung des Nutzungszonenplanes im Bereich Grosse (Hintere) Allmend und zum Zonenplan ZPP Mingerstrasse (Ermöglichung eines Hochhauses) an. Bezüglich Allmend wurde Kritik geübt an der zeitlichen Staffelung der Mitwirkungen zur Kleinen und zur Hinteren All-

mend sowie an der über die Festtage angesetzten Mitwirkungsfrist. Die Empfehlungen der AG lauteten: Umzonung in Zone für öffentliche Nutzung ablehnen, heutige Nutzungsbestimmungen über Grünflächen beibehalten. Grosse Allmend als Treffpunkt für Sport- und Freizeitaktivitäten in voller, noch nicht baulich genutzter Ausdehnung, «Zeitfenster» für private Nutzungen auf wenige Tage pro Jahr beschränken. Zahl der Rasengitterparkierplätze entlang der Papiermühlestrasse von 200 auf 60 dauernd nutzbare Einheiten reduzieren.

Hinsichtlich Mingerstrasse konnte die AG ihre Zustimmung zu einem Hochhaus nur mit Vorbehalten aussprechen. Bedingungen sind: öffentlicher Wettbewerb, Erlass UeO, Mehrwertabschöpfung, als Gegengeschäft Verzicht auf Umzonungen Hintere Allmend.

Die neue Organisationsform der AG hat sich bewährt. Trotz der zum Teil sehr knappen Fristen konnte eine ganze Reihe von wichtigen Mitwirkungen zu Handen der Geschäftsleitung der SP Stadt Bern termingerecht erarbeitet werden.

Für die AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr: Oskar Balsiger, Felix Hauser, Stefan Jordi, Gisela Vollmer

## **AG KULTUR**

---

Mitglieder: Christof Berger, Boris Billaud, Marie-Louise Durrer (Kontaktperson zum Büro GL), Franziska Friedrich, Daniel Furter, Beni Hirt, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Patrizia Mordini, Adrian Schild, Dorothee Schmid, Nicola von Greyerz.

Im Oktober 1994 verabschiedete die Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern 10 Thesen zur Kulturpolitik. Diese bildeten über Jahre hinweg die Grundlage der sozialdemokratischen Kulturpolitik. In den letzten Jahren hat sich jedoch viel verändert. Wie auf allen Ebenen wird auch in der Kultur gespart und für die Finanzierung muss gekämpft werden. Die SP der Stadt Bern will aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen ihre Kulturpolitik grundsätzlich überarbeiten. Die GL hat an der Sitzung vom 13. April 2005 einen Auftrag an die AG Kultur verabschiedet. Dieser beinhaltete zwei Aspekte:

- Bestandesaufnahme der heutigen Kulturszene und deren Finanzierung
- Erarbeiten eines kulturpolitischen Konzepts zuhanden von GL und DV

Im März 2005 fand die Kick-Off-Sitzung der AG Kultur statt. Die Erwartungen der Anwesenden wurden diskutiert. Es wurde spürbar, dass die Vorstellung besteht, Ziele und Massnahmen im Bereich der städtischen Kulturpolitik zu erarbeiten, mit denen konkrete Resultate erzielt werden können.

An der zweiten Sitzung im April wurde Christof Berger und Annette Lehmann als Co-PräsidentInnen gewählt. Im Weiteren wurde über die neue Intendanz des Stadttheaters diskutiert. Als erste Massnahme verfasste das Co-Präsidium eine Interpellation, die im Stadtrat eingereicht wurde. Ausserdem wurde beschlossen, Henri Huber an die nächste Sitzung der AG Kultur einzuladen.

Im Juni hielt Henri Huber ein Referat vor der AG Kultur. Dies war einerseits sehr interessant und die Teilnehmenden konnten Fragen stellen. Andererseits wurde natürlich kräftig die Werbetrommel fürs Stadttheater gerührt. Wir kamen daher an der gleichen Sitzung zum Schluss, dass es im Moment sinnvoller ist, am Kulturkonzept zu arbeiten und die Aktualitäten in der Kulturszene nur anhand kurzer Infos einfließen zu lassen.

Im August haben wir über die Form des Kulturkonzeptes diskutiert. Wir haben dazu mehrere Papiere der SP angeschaut. Schliesslich waren wir uns einig, dass wir kein reines Thesenpapier erarbeiten wollen, sondern ein Papier, das konkrete Ziele und Massnahmen pro Kunstsparte aufnimmt. Die Kulturdefinition soll in der Einleitung Thema sein. Die Sparten wurden danach aufgeteilt. Die Aufgabe bestand darin, eine Bestandesaufnahme pro Sparte vorzunehmen und davon Ziele und Massnahmen abzuleiten. Wir beschlossen, das neue Papier KULTURPLATTFORM zu nennen.

Im Oktober konnte ein erster Entwurf der Kulturplattform der AG Kultur vorgelegt werden. Nun ging es an die Detailberatung und an die Diskussion. Diese wurde an der Sitzung im November weitergeführt. Die Überarbeitung wurde ab diesem Zeitpunkt bis Januar 06 in Gruppen weitergeführt.

In den Diskussionen zu Schwerpunkten und Zielen in der Kultur, wurde schnell klar, dass es schwierig sein würde, in der AG einen Konsens zu finden. Die Vorstellungen und persönlichen Interessen sind sehr unterschiedlich. Diese Problematik wird wahrscheinlich auch an einer Delegiertenversammlung erneut auftreten, was dazu führen könnte, dass letztendlich der Status quo das neue Kulturkonzept der SP bestimmen wird.

In der Stadt ist vieles im Tun und es wird wichtig sein, bald ein gutes und konkretes Papier zu verabschieden. Das Co-Präsidium kann auf ein gutes Kulturjahr zurück blicken und die Arbeit in der AG Kultur war engagiert und interessant.

Kultur im Stadtrat im 2005:

- Einreichen der Interpellation «In welche Richtung entfaltet sich das Berner Stadttheater?» am 12. Mai
- Budgetdiskussion zum Theater an der Effingerstrasse am 15. September
- Neues Kulturkonzept der Stadt wird in den Zeitungen publik am 17. September
- Kulturdebatte am 10. November

Für die AG Kultur: Christof Berger und Annette Lehmann

## AD HOC AG MITGLIEDERWERBUNG

---

Mitglieder: Claudio Castellan (SP Nord), Eva Hardmeier (SP Ost), Peter Dätwyler (SP Holligen), Regula Zimmermann (SP Süd), Magdalena Zimmermann (SP Bümpliz/Bethlehem), Didier Bieri (SP Länggasse), Christian Käch (SP Altstadt Kirchenfeld), Leyla Gül (Sekretariat).

Im Frühjahr 2004 stellte die Geschäftsleitung Handlungsbedarf im Bereich der Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung fest. Vor dem Hintergrund der tendenziell rückläufigen Mitgliederentwicklung seit 1990 beschloss sie, die Mitgliederwerbung als Dauerthema der Stadtpartei zu institutionalisieren. Auf der Basis eines Konzepts und einer Bestandesaufnahme in den Sektionen, entschied die GL, ein Treffen der Neumitglieder-Verantwortlichen der Sektionen einzuberufen. Diese Gruppe erhielt den Auftrag, den Informationsaustausch zwischen den Sektionen zum Thema Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung zu gewährleisten und konkrete Ideen zu deren Optimierung zu entwickeln.

Das erste Treffen der AG Mitgliederwerbung fand am 15.6. statt. Es diente zum einen dem gegenseitigen Informationsaustausch, wobei eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Mitgliederwerbung und -bindung zusammengetragen wurde. Der zweite Teil des Treffens bestand aus einem Brainstorming zu möglichen Mitgliederwerbe-Aktivitäten. Dabei zeichnete sich einerseits ab, dass ein jährliches Treffen zum gegenseitigen Austausch und Know-how-Transfer gewünscht wird. Zum anderen kam zum Ausdruck, dass den meisten Sektionen eine Drucksache fehlt, der in kurzen Zügen über die Politik der Stadtpartei informiert und Interessierten (= potentiellen Neumitgliedern) abgegeben werden kann.

Die Idee einer Drucksache wurde am zweiten und dritten Treffen der AG Mitgliederwerbung (6.9. und 3.11.) weiterentwickelt und konkretisiert. Auf der Basis verschiedener Entwürfe einigte sich die AG auf folgende Bestandteile: Einleitung in Form einer allgemeine Aussage zur SP (Demokratie, Solidarität, Offenheit); kurzer Überblick über die politischen Schwerpunkte der Stadtpartei (Wohnen/Verkehr/ Umwelt/Lebensqualität, Bildung, Löhne/ Arbeitsbedingungen, Service public, Kultur); knapper Überblick über die Organisation der Stadtpartei (Möglichkeiten des Aktivwerdens); Beitrittsformular. Hinsichtlich des Formats werden ein Flyer im Visitenkarten-Format und/oder eine Postkarte favorisiert.

Die Geschäftsleitung vom 19.12. sprach an die Produktion der Drucksachen zur Mitgliederwerbung 50% bzw. ein Kostendach von Fr. 4000.-. Die restliche Hälfte der Produktionskosten soll von den Sektionen (pro Sektion ca. Fr. 500) übernommen werden. Die Umsetzung der Postkarte und/oder des Flyers für die Mitgliederwerbung wird ins Jahr 2006 fallen.

Für die AG Mitgliederwerbung: Leyla Gül

## **JUSO BERN**

Die JUSO Bern blickt auf ein spannendes und von Wandel geprägtes Jahr 2005 zurück. Zum Jahresbeginn organisierten wir zusammen mit fast allen Jungparteien der Stadt bzw. des Kantons die Aktion «Wünsch dir was»: Über 50 Jugendliche formulierten auf dem Waisenhausplatz ihre Wünsche an die Politik und legten diese unter eine Kerze. Anlässlich der Aktivitäten gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos unterstützten wir massgeblich die erstmals stattfindende, gewaltlose und deshalb erfolgreiche «Dance-Out-WEF»-Tanzparade. Tanzend setzten wir ein Zeichen gegen die einseitige Wirtschaftspolitik, die den Staat verteufelt, die Reichen reicher macht und die Armen stärker benachteiligt.

### **Unsere Stadtparlamentarier starten bündig**

Mit gelungenen Give-aways, einem intensiv geführten Wahlkampf sowie einer klaren Positionierung konnten wir 2004 beide Kandidierenden erfolgreich in den Stadtrat portieren. Sie nahmen diesen Steilpass auf und spielten neue Karten aus. So wurden zahlreiche Vorstösse eingereicht: Neben dem Postulat, welches neue Verkehrsleitmassnahmen und Parkplatzbewirtschaftungssysteme in allen Quartieren verlangt und der Forderung, dass LSVA-Gelder für Luftreinhaltungs-Massnahmen eingesetzt werden sollen, wurde auch ein Postulat eingereicht in dem eine «Mobilitätskarte» für Bern gefordert wird. Diese Karte würde Carsharing, Libero-Abo, Velostation und weitere Angebote kombinieren. Zudem wollen wir mit Hilfe einer Interpellation wissen, wo Früherkennung, Alarmierung und Notfallkonzept beim Hochwasser 2005 in der Matte geblieben sind.

### **Reithalle-Angriff ist abgewehrt und der EU sind wir näher gekommen**

Ein weiterer Schwerpunkt war die Reithalle-Abstimmung, bei welcher die JUSO als Co-Gründungsmitglied des Abstimmungskomitees involviert war. Der Angriff auf diese einzigartige Institution konnte erfolgreich abgewehrt werden und wir können weiterhin im Dachstock neue Töne eruieren, im Sous-le-Pont dinieren und im ifluss schnabulieren. Neben lokalen Themen kämpften wir auch für nationale Vorlagen mit Bärenkräften. So errichteten wir zusammen mit der JUSO Wohlten ein Schengen- sowie ein Nicht-Schengen-Grenztor, um bildlich die Folgen eines Neins zu den Bilateralen 2 zu illustrieren und den vorbei fahrenden respektive gehenden Grenzgängern eine spassige Passkontrolle aufzubrummen. Im Herbst engagierten wir uns stark in der erweiterung.ch-Kampagne der young european swiss (yes), für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder und beschenkten die Bevölkerung unter anderem am Gurtenfestival mit europäischen Glückskeksen der besonderen Art.



## **Neues Leitbild mit drei Schwerpunkten die es in sich haben**

Mitte des Jahres trat die Mehrheit des Vorstandes zurück und die Partei musste neu aktiviert werden. Die resultierende Neupositionierung erforderte daher im 3. Quartal eine bewusste Fokussierung auf interne Aktivitäten. Der erneuerte Vorstand erarbeitete ein Leitbild, das drei Schwerpunktbereiche für die weitere Arbeit setzt und den politisch-inhaltlichen Rahmen für die Zukunft darstellt. Wir wollen den Jugendlichen Perspektiven bieten (z.B. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit Hilfe eines Berufsbildungsfonds auf kantonaler Ebene oder Ausländerstimmrecht), der Jugendkultur Vorschub leisten (z.B. genügend Bandräume und längere öV-Fahrzeiten) sowie im Bereich Verkehr/ Umwelt neue Akzente setzen («Mobilitätskarte» oder Lenkungsabgabe auf Strom «Bonus-Bern»). Neben inhaltlichen Arbeiten wurde auch die administrative Parteiarbeit neu geordnet. Davon zeugen eine neu ausgerichtete und gelayoutete Mitgliederzeitschrift, Pflichtenhefte für die Abfederung des Generationenwechsels, eine auf Kampagnen ausgerichtete Organisation und eine professionellere Mitgliedergewinnung. Zudem engagierten wir uns erstmals in einem Vernehmlassungs-Prozess, was wir auch in Zukunft tun wollen. Wir konnten unsere Inputs für die Energiestrategie der Stadt Bern mit Unterstützung von Mitgliedern, die energiepolitisches Know-how besitzen, erfolgreich einbringen.

## **Bereit für das Jahr 2006**

Das letzte Quartal stand unter dem Zeichen der kommenden Grossratswahlen 2006. Wir konnten mit Fabio Baechtold einen Wahlkampfleiter verpflichten und sind mit den Wahlkampf vorbereitungen schon weit fortgeschritten. Der Startschuss erfolgte bereits im 2005, als wir eine Jugendmotion lancierten. Inhalt der Motion ist die Forderung, das Gleis-7-Abo auch im Libero-Tarifverbund zu akzeptieren, damit Jugendliche schon früh für den öffentlichen Verkehr und seine Vorteile sensibilisiert werden. Neben dem Gleis-7 haben wir zwei weitere Wahlkampfthemen: Die Rekord hohe Jugendarbeitslosigkeit muss wirksam mit einem kantonalen Berufsbildungsfonds bekämpft werden, der Lehrverbände gezielt fördert. Wir setzen uns zudem für eine Lenkungsabgabe auf Strom ein, die einerseits den sorgfältigeren Umgang mit natürlichen Ressourcen fördert und andererseits die Lohnnebenkosten senkt, was neue Arbeitsplätze schafft. Dies ist ehrliche Politik, wie wir sie verstehen. Als Lifestyle, den wir leben und für den wir werben. Heute für morgen!

Für die JUSO Bern: Daniel Bürgy

# ANHANG

## KONTAKTADRESSEN

---

Parteipräsidium	Béatrice Stucki Gott helfstr. 18, 3013 Bern <a href="mailto:trix.stucki@bluewin.ch">trix.stucki@bluewin.ch</a> 031 333 14 81	Michael Aebersold Giacomettistr. 35, 3006 Bern <a href="mailto:michael.aebersold@swissonline.ch">michael.aebersold@swissonline.ch</a> 031 352 55 09
Vizepräsidium (bis 05.03.2006)	Margrit Stucki Bümplizstr. 182, 3018 Bern <a href="mailto:margritstu@bluewin.ch">margritstu@bluewin.ch</a> 031 991 28 26	
Sekretariat	Leyla Gül Monbijoustr. 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23 <a href="mailto:leyla.guel@sp-bern.ch">leyla.guel@sp-bern.ch</a> 031 370 07 90	
Stadtratsfraktion	Raymond Anliker Engeriedweg 14, 3012 Bern <a href="mailto:r.anliker@gmx.ch">r.anliker@gmx.ch</a> 031 301 72 27	
arbeit und bildung bern (abb)	Marta Buzzi Monbijoustr. 61, Postfach 1050, 3000 Bern 23 <a href="mailto:buzzi@gkb-gsb.ch">buzzi@gkb-gsb.ch</a> 031 372 50 00	
Schulfraktion	Corinne Mathieu Neuhaus Gutenbergstr. 45, 3011 Bern; <a href="mailto:corinnem@swissonline.ch">corinnem@swissonline.ch</a> 031 351 72 86	
AG Sozialpolitik	Matthias von Bergen Neufeldstrasse 27E, 3012 Bern <a href="mailto:matthias.vonbergen@mundiconsulting.com">matthias.vonbergen@mundiconsulting.com</a> 031 301 44 18	
AG Stadtentwicklung/ Wohnen/Verkehr	Gisela Vollmer Münzrain 10, 3005 Bern <a href="mailto:gisela.vollmer@raumplanerin.ch">gisela.vollmer@raumplanerin.ch</a> 031 312 06 10	Stefan Jordi Waffenweg 24, 3014 Bern <a href="mailto:stjordi@gmx.ch">stjordi@gmx.ch</a> 031 331 21 49
AG Kultur	Annette Lehmann Schläflistr. 10, 3013 Bern <a href="mailto:annette.lehmann@airmail.ch">annette.lehmann@airmail.ch</a> 031 333 05 84	Christof Berger Holligenstr. 11, 3008 Bern <a href="mailto:berger.ch@bluewin.ch">berger.ch@bluewin.ch</a> 031 381 58 80

## ADRESSEN DER SEKTIONEN DER SP STADT BERN

---

SP Altstadt Kirchenfeld	Kontakt: Adrian Schild Gesellschaftsstr. 22, 3012 Bern <a href="mailto:adrian.schild@gmx.ch">adrian.schild@gmx.ch</a>
SP Bümpliz/Bethlehem	Christian Wyss Keltenstr. 102, 3018 Bern <a href="mailto:wyssavo@swissonline.ch">wyssavo@swissonline.ch</a>  Christine Sahli Mädergutstr. 41, 3018 Bern <a href="mailto:csahli@bluewin.ch">csahli@bluewin.ch</a>
SP Holligen	Kontakt: Peter Dätwyler Zwinglistr. 4, 3007 Bern <a href="mailto:peter.daetwyler@gmx.net">peter.daetwyler@gmx.net</a>
SP Länggasse-Enge	Kontakt: Cipriano Alvarez Hochfeldstr. 117, 3012 Bern <a href="mailto:c.alvarez@bluewin.ch">c.alvarez@bluewin.ch</a> <a href="mailto:info@sp-laenggasse.ch">info@sp-laenggasse.ch</a>
SP Nord:	Karin Müller Hopfenweg 35, 3007 Bern <a href="mailto:karin.muel@gmx.net">karin.muel@gmx.net</a>  Karin Gilgen Lorrainestr. 21, 3013 Bern <a href="mailto:karin.gilgen@gmx.ch">karin.gilgen@gmx.ch</a>
SP Ost	Eva Grosjean-Sommer Gryphenhübeliweg 53, 3006 Bern <a href="mailto:grosjean-sommer@bluewin.ch">grosjean-sommer@bluewin.ch</a>  Bettina Stüssi Gryphenhübeliweg 14, 3006 Bern <a href="mailto:bettina.stuessi@bluewin.ch">bettina.stuessi@bluewin.ch</a>
SP Süd	Adrian Zimmermann Graffenriedweg 2, 3007 Bern <a href="mailto:zimmermannaedu@bluewin.ch">zimmermannaedu@bluewin.ch</a>
JUSO Bern	JUSO Bern Postfach 6846, 3001 Bern <a href="mailto:bern@juso.ch">bern@juso.ch</a>